



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 20-xxxx

### Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	24.09.2015

### Wahlbeobachtungsdelegation zu den Parlamentswahlen in der Türkei

#### Antrag der Fraktion DIE LINKE

Nachdem die AKP bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 die absolute Mehrheit und die angestrebte Verfassungsänderung hin zu einer Präsidentschaftsdemokratie wie in Russland oder den USA verfehlte, hat Erdogan den zwei Jahre währenden Friedensprozess mit den Kurden durch offiziell geführte Gespräche mit dem seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten Abdullah Öcalan abgebrochen und einen Krieg gegen die PKK, aber auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung und die basisdemokratische Partei der Völker HDP begonnen. Weit über 1000 HDP-VertreterInnen, darunter viele gewählte BürgermeisterInnen, wurden verhaftet und befinden sich weiterhin in Haft. Ganze Städte in den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei befinden sich unter Ausnahmezustandsbedingungen. Die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung erhöht sich von Tag zu Tag dramatisch. Mehrere hundert Büros der HDP wurden mit Brandsätzen angegriffen, aber auch Busse mit Kennzeichen kurdischer Regionen wurden vielerorts im Westen der Türkei von einer aufgeputschten Menge mit Steinen beworfen. Unter diesen Umständen soll am 1. November eine Neuwahl zum türkischen Parlament stattfinden.

Zu den Kommunalwahlen im März 2014 und zu den Parlamentswahlen im Juni 2015 hat es aus Altona jeweilige BeobachterInnendelegationen gegeben, an denen sich auch einige Abgeordnete der Linksfraktion in der Bezirksversammlung beteiligten.

Die HDP ruft die Menschen in Europa und insbesondere Abgeordneten-Gremien dazu auf, in dieser extremen Situation erneut zur Wahlbeobachtung am 1. November in die Türkei zu reisen. Gleichwohl alle Nachrichten aus der Türkei und die Zeugnisse der zu Tausenden auch in Altona eintreffenden Flüchtlinge aus dem Gebiet Syrien/Irak/Iran/Türkei bezeugen, dass die dortige Kriegssituation den Menschen das Leben dort insbesondere für ZivilistInnen unerträglich macht, plant die Bundesregierung, die Türkei zu einem "sicheren Herkunftsland" zu erklären, in das man Flüchtlinge abschieben kann.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:**

- 1. Die Bezirksversammlung Altona unterstützt den Wahlbeobachtungsauftrag der HDP, indem sie reiseinteressierte Abgeordnete in ihrem Auftrag mit einem offiziellen Schreiben ausstattet bzw. delegiert und sich über das Auswärtige Amt für eine Unterstützung seitens der türkischen Behörden einsetzt.**
- 2. Die Bezirksversammlung Altona fordert die Innenbehörde nach § 27 BezVG auf, sich**

**über eine Bundesratsinitiative des Hamburger Senats dafür einzusetzen, dass die Türkei nicht zu einem "sicheren Herkunftsland" erklärt wird, solange die Kriege dort toben.**

**Petition:**

**Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.**